

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 98
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Peter von Oertzen MdL, Mitglied des SPD-Vorstandes, erläutert das SPD-Arbeitsprogramm für Niedersachsen: Politik der Selbstbesinnung. Seite 1

Renate Lepsius MdB sieht den CDA-Vorsitzenden Blüm auf dem Weg zurück ins Barock-Zeitalter: Mit friderizianischem Zopf. Seite 4

Hermann Brungs schildert das Verhältnis der Bonner CDU zur Friedensdemonstration: Tag der geschlossenen Türen? Seite 5

Karl Weinhofer MdB unterstreicht, daß der CDU/CSU in der Deutschlandpolitik nichts Nützliches einfällt: Unions-Gebetsmühlen. Seite 6

Dokumentation
"Stichworte zum Dialog mit der Jugend" der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (Teil I). Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 196

14. Oktober 1981

Politik der Selbstbesinnung

Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm für Niedersachsen 1982 bis 1986: "Gemeinsam arbeiten - menschlich leben"

Von Peter von Oertzen MdL

Die Vorbereitungen auf die Landtagswahlen 1982 in Niedersachsen stehen im Schatten anhaltender wirtschaftlicher Schwierigkeiten, internationaler Spannungen und politischer Probleme - und für uns Sozialdemokraten in Niedersachsen, aber auch darüber hinaus im Schatten des schweren Rückschlags, den wir bei den Kommunalwahlen am 27. September erlitten haben.

Der Entwurf eines Arbeitsprogramms für die Jahre 1982 bis 1986, den der Landesvorstand der Partei und der niedersächsischen Öffentlichkeit vorgelegt hat, nimmt diese unsere schwierige Lage zum Ausgangspunkt. Wir stellen ein Programm der Selbstbesinnung zur Diskussion: Selbstbesinnung - das heißt Besinnung auf die Prinzipien sozialdemokratischer Politik auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und - vor allem - Solidarität. Selbstbesinnung heißt auch ein Stück Selbstkritik. Selbstbesinnung heißt schließlich Besinnung auf die eigenen Kräfte, auf die Leistungen der Vergangenheit und auf unsere Fähigkeiten, die Probleme der Zukunft in gemeinsamer Arbeit zu lösen.

Reformpolitik unter neuen Bedingungen

Der Programmentwurf sagt zu dem entscheidenden politischen Problem: "Der harte Kern aller unserer politischen Schwierigkeiten ist die veränderte wirtschaftliche Lage: Das Wachstum hat sich verlangsamt, die Zahl der Arbeitslosen ist zu hoch, der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand ist heute viel enger als früher, und das wird voraussichtlich auch noch lange so bleiben. Der herkömmliche Weg zur Lösung sozialer oder politischer Probleme - einen Teil

Verständigen Umwelts
mit wertvoller Raufaser
Kreuzspinn-Partner



des wachsenden Wohlstands abzuzweigen und in Gestalt zusätzlicher öffentlicher Leistungen neu zu verteilen, ist uns zwar nicht ganz und gar versperrt; aber er ist sehr eng geworden und kann in der Regel nicht mehr begangen werden."

Diese Feststellung klingt für manchen Sozialdemokraten wie eine politische Kehrtwendung und darüber hinaus fast wie eine nachträgliche Rechtfertigung der konservativen "Spar"-Demagogie. In Wirklichkeit sind alle diese Probleme schon im sozialdemokratischen "Orientierungsrahmen '85", also vor mehr als sechs Jahren, von uns diskutiert worden. Ich selbst habe damals auf dem Parteitag 1975 unter allgemeiner Zustimmung der Partei folgendes gesagt:

"Wie auch immer sich das ökonomische Wachstum entwickeln wird, es wird sehr viel schwieriger sein als bisher, positivere Wachstumsraten zu erreichen und zu halten... Entscheidend wird sein, ob es gelingt, durch planmäßige und vorausschauende Industriepolitik eine stetige wirtschaftliche Entwicklung zu bewirken und insbesondere die für weiteres Wachstum erforderlichen zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen zu ermöglichen... Niemand dürfte mit gutem Gewissen sagen, fertige Antworten auf diese Fragen zu besitzen. Die billigen Patentlösungen "Eindämmung der Anspruchsinflation" - lies: Konsumverzicht - und "Abbau der Staatsleitungen" - lies: soziale Demontage - dürfen wir freilich getrost den Demagogen der Union überlassen. Wir wissen, daß wir die künftigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme nur dann bewältigen können, wenn wir unser umfassendes System sozialer Sicherheit und sozialer Vorsorge erhalten und ausbauen. Sicher ist freilich auch eines: Ohne eine sinnvolle Konzentration der öffentlichen Leistungen und ohne eine Eindämmung der öffentlichen Personalausgaben sind die Probleme nicht zu bewältigen. Nicht das Ob, sondern das Wie ist freilich die Frage, die wir in Zukunft zu beantworten haben werden. Patentrezepte hierfür, die uns am laufenden Meter ange-dient werden, helfen uns dabei sehr wenig. Die Privatisierung der städtischen Friedhofsgärtnerei oder der kommunalen Müllabfuhr werden die Strukturprobleme unserer Gesellschaft ganz sicher nicht zu lösen vermögen."

Und man wird heute hinzufügen dürfen: Eine verantwortungslose, unsoziale Kahlschlagpolitik im Stile von Frau Thatcher oder Herrn Reagan, die alle Lasten der Krise auf die Arbeitnehmerschaft und die wirtschaftlich Wehrlosen abwälzt, hilft uns auch nicht weiter.

Planmäßig zusammenarbeiten

Was wir unter diesen Umständen brauchen, ist eine Politik, die wie der Programmentwurf sagt, "realistischer und bescheidener ist, als die bisherige, aber trotzdem oder gerade deshalb "wirkungsvoller". Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Strukturpolitik heißt das: Um Arbeitsplätze zu sichern, die Ausbildungs- und Lebenschancen der jungen Generation zu verbessern und die Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft zu steigern, müssen die knappen öffentlichen Mittel planmäßiger als bisher eingesetzt werden. Das wird nicht erreicht, wenn man - wie es die Konservativen tun - den Staat nur als den Erfüllungsgehilfen der Privatwirtschaft betrachtet; aber auch nicht, wenn man Selbstverantwortung und Eigeninitiative durch bürokratische Gängelei erstickt. Was uns not-tut, ist eine unbürokratische Zusammenarbeit aller Beteiligten. Der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der Kammern und Verbände, der Kommunen, des Staates und des wissenschaftlichen Sachverständigen. Dabei muß klar sein: "Die" Wirtschaft sind nicht allein die Unternehmer; die Arbeitnehmer und ihre Vertreter müssen an Planung und Durchführung der Wirtschafts- und Strukturpolitik gleichberechtigt beteiligt werden: "Keine Mitbestimmung ohne Mitverantwortung, keine Mitverantwortung ohne Mitbestimmung."

Eigenverantwortung stärken

Auch die starke Betonung des Gedankens der Selbsthilfe und Selbstverantwortung im Programmentwurf hat da und dort Erstaunen hervorgerufen. Aber auch diese Diskussion, die



Diskussion, wo die Grenzen direkter staatlicher Eingriffe in das gesellschaftliche Leben liegen, wird in unserer Partei schon seit langem geführt und hat im "Orientierungsrahmen '85" ihren Niederschlag gefunden. In meiner schon erwähnten Rede habe ich 1975 gesagt: "Wir wollen den Staat nicht den Gruppen überantworten, die Gruppen aber auch nicht durch den Staat reglementieren. Staatliche Gesellschaftspolitik soll den einzelnen nicht etwa zu einem Anhängsel übermächtiger Bürokratien machen, sondern im Gegenteil seine Fähigkeit zu solidarischer Selbsthilfe und Selbstbestimmung stärken.

Deswegen verteidigen wir die Selbstverwaltung. Deswegen haben wir die Mitbestimmung im Zentrum unseres Programms... Gewiß, wir bejahen die aktive Rolle des Staates in der Gestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung, aber eine Verstaatlichung der Gesellschaft lehnen wir mit Nachdruck ab..."

Menschlich leben

Das politische und staatliche Handeln - Regieren, Gesetze geben, Verwalten - ist kein Selbstzweck. Es ist Mittel zum Zweck, zum Zweck des menschlichen Lebens in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Einsicht findet sich in allen Absichten, Vorschlägen und Forderungen des Programms wieder. Besonders wichtig ist sie für die Bildungspolitik. Schulreform als Veränderung von Schulrecht, Schulform, Schulorganisation ist kein Wert an sich. Entscheidend ist der Inhalt von Lehren, Lernen und Erziehen. Daher fordern wir eine "pädagogische Besinnung" für unsere Schulen, als "innere Ausfüllung und Vollendung der äußeren Schulform" (These 42).

Auch diese Einsicht ist - entgegen allen Zweckbehauptungen der Konservativen - schon lange bei uns lebendig. Der eigentliche Sinn der Bildungsreform ist, so habe ich 1975 auf dem Parteitag gesagt, "junge Menschen zu verantwortungsbewußten, verantwortungsfähigen und solidarisch handelnden Gliedern einer menschlichen Gesellschaft zu erziehen".

... Die mit Recht so genannte emanzipatorische Pädagogik hat gelegentlich nicht genügend berücksichtigt, daß Emanzipation, das heißt Befreiung, nicht bei dem Prozeß der Befreiung stehenbleiben darf, sondern zu einer neuen, sichereren und freiheitlicheren Ordnung führen muß...

Nur verfallen wir nicht im Gegenzug in eine blinde Anbetung der Autorität zurück: "Freiheit ist ganz gewiß ohne Ordnung nicht möglich; aber Ordnung ohne Freiheit ist barbarisch."
(-/14.10.1981/vo-he/ca)

+ + +



Blüm mit friderizianischem Zopf

Der CDA-Vorsitzende auf dem Weg zurück ins Barock-Zeitalter

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Familie - helle Welt? Diese Frage muß angesichts der kontroversen Diskussionen, die auf der Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft geführt wurden, wohl verneint werden. Schon im Vorfeld waren die gegensätzlichen Positionen deutlich: Die des Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, der seine patriarchalischen Vorstellungen in familienpolitische Leit(d)sätze übertrug und sich damit prompt Vorwürfe aus den eigenen Reihen einhandelte. Blüms Familienbild, so engagierte CDA-Frauen, sei schlicht reaktionär. Sie hatten in einem Arbeitskreis Familienpolitik eigene Thesen entwickelt, die vom Bundesvorstand der Sozialausschüsse nicht gebilligt wurden.

Wir müssen den Politikern der Opposition für ihre offene Sprache danken: Wurde doch einer breiten Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit dargelegt, wie einseitig dort die Rolle der Frau auf Kinder und Haushalt festgeschrieben wird und wie wenig erwerbstätige Frauen in das Bild jener Sozialausschüsse hineinpassen, die für sich in Anspruch nehmen, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, also männliche wie weibliche Arbeitnehmerinteressen, zu vertreten.

Die gegensätzlichen Positionen - "wie Feuer und Wasser" - lassen sich leicht am jeweiligen Frauenbild festmachen, wie überhaupt die weibliche Aufgabenverteilung eine geeignete Meßlatte dafür abgibt, wie fortschrittlich gedacht wird.

Durchgesetzt und bei wenigen Gegenstimmen verabschiedet wurde das Blüm'sche Leitbild einer Mutter-Familie, in dem "Hüten, Verzicht und Vorsorge" als Tugenden gepriesen werden. Die CDA-Frauen sind mit ihren Vorstellungen zur partnerschaftlichen Familie, in der Männer und Frauen sich familiäre und berufliche Aufgaben teilen, unterlegen. Dies kann nicht oft genug wiederholt werden: Das von den Sozialausschüssen verabschiedete Familienkonzept bleibt weit hinter den durch die Ehe-rechtsreform durchgesetzten Rechtspositionen zurück. Oder anders ausgedrückt: Ginge es nach dem Arbeitnehmerflügel, der innerhalb der CDU als besonders fortschrittlich



gilt, würde die freie Aufgabenteilung in Ehe und Familie, bei der Erwerbsarbeit und Familienarbeit beider Partner gleichwertig sind, zurückgedreht - und dies lieber heute als morgen.

In Mannheim haben die christlichen Männer eine weibliche Rollenteilung festgeschrieben, die in der Wirklichkeit schon lange überholt ist. Mit Realitätsferne lassen sich auch andere Äußerungen Norbert Blüms umschreiben, der nach barocker Art markige, effektheisende Ausschmückungen liebt und den Kosten nicht zu interessieren scheinen: Von dem Erziehungsgeld - das jährlich vier Milliarden Mark kostet und das er sich "von niemanden madig machen läßt" bis zu den geplanten Ansprüchen für die nichterwerbstätige Mutter, "die im gesamten Sozialversicherungsrecht nicht vorkommt", und der die CDA sechs Beitragsjahre auf dem Rentenkonto anrechnen wollen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit verzichtet -, ergibt sich ein zweistelliger Milliardenbetrag. Sollte es dem CDA-Vorsitzenden entgangen sein, daß jährlich 3,8 Millionen Witwenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden, für die Frauen keinerlei Beiträge gezahlt haben? Gegen Krankheit sind Hausfrauen - beitragsfrei - über die Familienhilfe versichert; sie sind auch die eigentlichen Nutznießer des geltenden Ehegattensplittings, das jährlich Steuerausfälle von über 30 Milliarden Mark ausmacht. Ist dies etwa nichts? Und wie wollen die Sozialausschüsse es gegenüber den Frauen vertreten, Erwartungen auf sechs Rentenjahre zu wecken, wo alle politischen Anstrengungen erforderlich sind, um ein Kindererziehungsjahr durchzusetzen?

Dieses bemerkenswerte CDA-Wochenende ist kein "Rückfall ins vorige Jahrhundert" - hier muß ich der Kollegin Hellwig aus der CDU-Fraktion widersprechen, dies ist das klassische Zeitalter des Barock - aufs beste dargestellt von einem Berliner Bundes-senator mit friderizianischem Zopf.

(-/14.10.1981/ks/ca)

+ + +



"Tag der geschlossenen Türen" ?

Die Bonner Demonstration und die Bonner CDU

Von Hermann Brungs

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Bonn

Viele haben sich mit der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober Mühe gegeben. Veranstalter, Demonstranten, viele Bonner Bürger, Polizei und schließlich auch Mitarbeiter der Bonner Verwaltung. Aber daß dieser Samstag zu einem vollen Erfolg wurde, scheint einigen in dieser Hauptstadt nicht zu lassen.

Große Demonstrationen führen in einer Stadt wie Bonn natürlich auch immer zu Problemen. Eine Stadt, die immer wieder erklärt, wie stolz sie auf ihre Hauptstadtfunktion ist und dafür auch vielfältige finanzielle Hilfe vom Bund bekommt, muß mit diesen Problemen fertigwerden. Sind doch alle mit Recht darauf stolz, daß das Grundrecht auf Demonstration als hohes Gut in unsere Verfassung verankert ist.

Im Vorfeld des 10. Oktober fachte die Bonner CDU eine Kampagne gegen die Demonstration an. Immer wieder wurde auf die "Gefahren" hingewiesen. Immer wieder forderte man andere Plätze für solche "Großdemonstrationen" - Im Grünen oder sonstwo. Besonders tat sich dabei CDU-Bürgermeister Dr. Hans Daniels hervor. In Interviews und anderen Verlautbarungen war von der "Einschränkung der Bewegungsfreiheit" und dem Recht auf freien "Handel" und "Ausübung des Gewerbes" die Rede.

Ein Standpunkt wie "Bitte demonstriert, aber bloß nicht bei uns" steht gerade einem Oberbürgermeister der Bundeshauptstadt schlecht zu Gesicht.

Wer im übrigen die Verantwortung für den Ort der Demonstration dem Polizeipräsidenten oder dem Land Nordrhein-Westfalen in die Schuhe zu schieben versucht, wie es Dr. Daniels gleichfalls getan hat, tut dies in klarer Verkennung der bestehenden Rechtslage und einschlägiger Gerichtsurteile. Dies ist für einen juristisch gebildeten Oberbürgermeister besonders peinlich und ein durchsichtiges parteipolitisches Manöver.

Natürlich hat es durch die Großdemonstration auch Beeinträchtigungen der Bonner Geschäftswelt gegeben. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Geschäftswelt hat aber auch durch die vielen Gäste in unserer Stadt an diesem Tage nicht unwesentlich verdient.

Und dann gab es da die Schikanen am Rande. Die Bonner Polizei hatte (unterstützt durch den Kreispolizeirat, in dem alle Ratsfraktionen vertreten sind) gebeten, eine Turnhalle auf der rechten Rheinseite zur Verfügung zu stellen. Dies lehnte der Oberstadtdirektor ab - übrigens nach Befragen des hiesigen CDU-Fraktionsvorstands. Die anderen Fraktionen hatten keine Möglichkeit, Einfluß zu nehmen. Oder: Die Demonstranten hatten nach der Kundgebung begonnen, den Abfall, der zwangsläufig auf der Hofgartenwiese zurückblieb, zu sammeln. Was geschah? Er blieb übers Wochenende liegen. Und dann konnten die Bonner Bürger nach den Regenfällen und Sturmböen des Wochenendes ein chaotisches Bild bewundern, daß dann gleich auch in die Ortspresse wirkungsvoll weiter präsentiert wurde. Und den Müllwerkern hat man so ihre Arbeit auch erschwert.

Einen "Tag der geschlossenen Türen", wie es Dr. Daniels forderte, gab es doch nicht in Bonn. Es gab kleinliche Verhaltensweisen - aber auch großzügige Hilfe durch Bonner Bürger.

Und jetzt? Bei den Spitzen der Bonner CDU ist das Bedauern über den Verlauf der Demonstration schon fast offensichtlich. Und weil die Demonstranten sich nichts vorzuwerfen haben, ging man auf einen anderen Schauplatz über. Oberbürgermeister Dr. Daniels, in der ZDF-"Drehscheibe" nach dem Schaden dieser Großveranstaltung gefragt, erklärte, dies sei nicht wesentlich. Vielmehr sei "politischer Schaden" entstanden. Bei wem? Das ist die Frage.



Unions-Gebetsmühlen

In der Deutschlandpolitik bringen CDU/CSU nichts Nützliches

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Dem Geleier tibetanischer Gebetsmühlen ähnlich, wiederholt die CDU/CSU seit Jahr und Tag ihre einfallslosen kleinen und Großen Anfragen zur Deutschland- und Berlinpolitik, zu den deutschen Rechtspositionen gegenüber der DDR, zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zum innerdeutschen Handel, zu den Zahlungen und Leistungen an die DDR und zu den jährlichen Berichten zur Lage der Nation.

In der Großen Anfrage vom 11. Mai 1981 zur "Umfassenden Bestandsaufnahme in der Deutschlandpolitik" fragt die Opposition wieder einmal unter anderem nach der deutschen Frage in Bildung und Erziehung und in der kulturellen Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland.

Am 7. Juni 1978 führte der Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen ein Hearing zum Thema "Die deutsche Frage in der politischen Bildung" durch. Namhafte Wissenschaftler und pädagogische Praktiker legten damals dem Ausschuss eine Fülle von Erkenntnissen, Materialien und Dokumenten über die Situation der politischen Bildung sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie in der DDR vor. Im Anschluß an diese Anhörung veröffentlichte die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder am 23. November 1978 ihren Beschluß zum Thema "Die deutsche Frage im Unterricht".

Nächste Woche, am 21. Oktober 1981, werden wiederum namhafte Wissenschaftler und Pädagogen im zweiten Teil des diesjährigen Hearings ihre Meinungen zur Praxis und zu ihren Erfahrungen bei der Anwendung des KMK-Beschlusses darlegen. Die Bundesregierung kann deshalb nur auf diesem Wege versuchen, zu einer Erfolgskontrolle zu gelangen und Impulse zu geben für die Arbeit der Lehrer und Erzieher in den Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Es kann nicht Aufgabe der Bundesregierung sein, in den Bundesländern Erhebungen über die Verwirklichung des KMK-Beschlusses durchzuführen.

Zur Frage der auswärtigen kulturellen Aktivitäten - der Gewöhnung an die Teilung Deutschlands entgegenzuwirken - hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage auf das Auftreten der Bundesregierung in multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen und Ministerratstagungen der Nato hingewiesen.

Darüber hinaus sind im Bericht der Enquete-Kommission "Auswärtige Kulturpolitik" vom 7. Mai 1976 und in der Stellungnahme der Bundesregierung vom 23. September 1977 die Zielsetzungen klar umrissen. Sie sind die Grundlagen bei der Vermittlung des Deutschlandbildes durch unsere Auslandsvertretungen und die Mittlerorganisationen.

Trotz der staatlichen Trennung und unterschiedlicher Zielsetzung geht die Bundesregierung nach wie vor von dem Grundsatz der gemeinsamen deutschen Kultur, Geschichte und Sprache aus. Dieses Verständnis von der Einheit der deutschen Kultur bezieht das gesamte nationale Kulturerbe ein.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 9. November 1978 und im Bericht des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, wurde ein relativ vollständiges Bild von der kulturpolitischen Öffentlichkeitsarbeit und der auswärtigen Kulturpolitik der DDR und die dabei vermittelten politischen Inhalte gegeben.

Gemessen an den Aktivitäten der Bundesregierung und der relativ häufigen Behandlung dieses Themas in mehreren parlamentarischen Gremien und öffentlichen Anhörungen waren nicht nur die Fragestellung in der Großen Anfrage der CDU/CSU, sondern auch die in der Debatte gemachten Vorhaltungen unangebracht.



DOKUMENTATION

Nach den "Thesen zu den Jugendunruhen 1980" sind in der Schweiz jetzt von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen "Stichworte zum Dialog mit der Jugend" herausgegeben worden. Die Autoren setzen sich darin mit Anwendungsbeispielen für eine offene Jugend- und Gesellschaftspolitik ein. Wir dokumentieren den Text in Auszügen. (Teil I)

Keinen Zick-Zack-Kurs einschlagen

Grundsätzlich wird unter anderem festgestellt: "Jugendpolitik ist Politik mit der Jugend, für die Jugend und gleichzeitig auch für die ganze Gesellschaft". Der Dialog mit der Jugend müsse nicht zuerst und vor allem auf politischer Ebene stattfinden: "Aber auf politischer Ebene wird öffentlich sichtbar, worum es in diesem Dialog geht."

Überlegungen zur Aufgabe der Politiker

Es wird empfohlen: Interessenkonflikte mit der Jugend offen auszutragen; Autorität zu sein, aber keine Fassade zu zeigen; Rücksicht zu nehmen, aber keine Anbiederung zu suchen; Umzudenken, aber keinen Zick-Zack-Kurs einzuschlagen; realistisch zu sein, aber auch die Utopie als schöpferisch-dynamische Eigenschaft zu begreifen.

Merkmale einer offenen Jugendpolitik

o Zukunftsorientiert: "Die Anwendung von Gewalt und Gegengewalt hat bei direkt und indirekt Beteiligten Enttäuschung, Verbitterung, Verhärtung und Rachegefühle ausgelöst. Mit einem einfachen 'Schwamm drüber' können diese Gefühle nicht überwunden werden (...). Doch so wie der Rechtsstaat genügend Spielraum läßt für eine Rechtsprechung, die nicht noch zusätzlich Schaden stiftet, hat auch ein erwachsener Mensch genügend seelischen Spielraum im Umgang mit seinen Emotionen. Vorwärtsgewandte Vergangenheitsbewältigung heißt, nicht an Bestrafung, sondern an Wieder- und Neuaufbau denken."

o Kommunikativ: "Offene Jugendpolitik ist Politik mit der Jugend (...). Miteinander reden kostet Zeit und Anstrengung. Es müssen eine Reihe von Barrieren überwunden werden: Neben natürlicher Trägheit vor allem Angst: Angst, in Frage gestellt zu werden, Angst vor Beeinflussung, Angst vor Versagen. Doch es gibt genügend Bedingungen, unter denen diese Barrieren geöffnet werden können (...). Es ließe sich leicht darlegen, daß in fast allen zentralen Lebensfragen gemeinsame Interessen objektiv bestehen. Warum hören Jugendliche einem solchen Diskurs nicht mehr zu? Vermutlich darum, weil sie kaum erfahren haben, daß man ihnen zuhört. Ein Jugendlicher, dem man zuhört, wird Interesse am Gespräch finden und von selbst (wieder) lernen zuzuhören."

o Hellhörig: "Manche Versuche zum Gespräch enden in Frustration und Aggression, weil wir häufig nicht wissen, worauf es bei Miteinander-Reden ankommt. Das Problem fängt damit an, daß die Botschaft dessen, der sich mitteilen will, nur sehr bruchstückhaft ist (...). Der vielzitierte Slogan 'Macht aus dem Staat Gurkensalat' ist eine solche bruchstückhafte Botschaft. Wer sich mit dem Staat irgendwie verbunden fühlt und diesen Slogan für die ganze Botschaft nimmt, wird mit Ablehnung, Ärger oder Aggression reagieren und wird allfällige weitere Botschaften gar nicht mehr aufnehmen können (...).

Die Kunst des Redens besteht darin, sich in die Situation des Zuhörers zu versetzen und ihm all das mitzuteilen, was er nicht weiß und auch nicht wissen kann. Die Kunst des Zuhörens besteht darin, sich in die Situation des Redenden zu versetzen, indem man ihm zu verstehen gibt, was man alles nicht weiß, um ihn zu verstehen (...). Bei dieser Art von Gesprächsführung kann sich auch zeigen, daß hinter vielen negativen Botschaften eine positive Absicht, eine positive Gegen Tendenz steckt. Wer aus dem Staat Gurkensalat machen möchte, möchte eigentlich einen andern Staat - oder aber er will mit diesem Slogan zumindest ausdrücken, wie verzweifelt er über die Gesellschaft ist. Auch in dieser Mitteilung liegt eine positive Intention: Die Suche nach Verständnis, nach Kontakt."



o Konfliktfähig: "(...) Wenn Jugendliche Gesprächsangebote ablehnen und damit (oder stattdessen) Konflikte provozieren, so tun sie es aus der Erfahrung, daß der Konflikt im Gespräch unterdrückt wurde. Diese Jugendliche haben nicht lernen können, Konflikte auszutragen oder sich ihnen auszusetzen. Man wirft es ihnen vor, indem man sie als "verweicht" und "wehleidig" bezeichnet. Sie haben Konfliktfähigkeit nicht lernen können, weil auch die Erwachsenen darin nicht (mehr?) geübt sind oder weil diese die Bedeutung des Konflikts nicht genügend realisieren (...). Bezogen auf die Jugendpolitik heißt das zweierlei: Zum einen sollen Forderungen, die unerfüllbar sind, offen und konsequent als das erklärt, die Beziehung zu den Fordernden jedoch nicht abgebrochen werden. Zum andern darf ein Konflikt nicht mit Gewalt abgewürgt werden, auch wenn er lange dauert."

o Kooperativ und konkret: "(...) Der Ruf nach gemeinsamen Aufgaben für jung und alt, für Politiker und 'Volk', wurde im Zusammenhang mit den Jugendunruhen immer wieder laut. Wenn in dieser Richtung noch viel zu tun bleibt, so liegt das daran, daß sogleich an zu Großes, zu Umfassendes, zu Abstraktes gedacht wird. Die von den unruhigen Jugendlichen formulierten Bedürfnisse und Ideen im Bereich von Wohnen, Arbeit und Kultur liegen auf einer Ebene, auf der bereits kleine Schritte und überschaubare Projekte möglich sind. Hier bieten sich nicht nur Politikern Gelegenheiten, Zusammenarbeit anzubieten und auszuprobieren (...)."

o Bewegt und beweglich: "(...) "Stoppt die Bewegung!" Dies scheint nicht selten die einzige Maxime der Politik gegenüber der Jugendbewegung gewesen zu sein. Es ist zwar nicht Aufgabe der Politiker, die "Bewegung" in jeder Hinsicht gewähren zu lassen. Doch in jedem Fall sollte Politik auf Bewegung mit Bewegung reagieren. Dabei können und sollen sehr wohl positive Impulse aus der Jugendbewegung aufgenommen werden, zum Beispiel mehr Spontaneität in der Politik, Ansätze zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung auf unterer Ebene. Es können und sollen aber ebenso sehr Impulse von Seite der "etablierten" Politik ausgehen. Der Politiker soll nicht als der erscheinen, der nur reagiert. Defensiver Politik fehlt nicht nur Kreativität, sie untergräbt mit der Zeit auch Ansehen und Selbstwertgefühl. Defensiver Politik ist in ebenso starkem Maße angstbestimmt wie gewaltsam aggressive (...).

o Selbstkritisch und offen: "Die starke Polarisierung in Städten und Jugendunruhen hängt damit zusammen, daß die Kontrahenten sich gegenseitig zu Projektionen und extremen Reaktionen herausfordern. Der Jugendliche projiziert die ganze Schuld an seinem Leben und Protest auf die Starrheit des 'Systems', verkörpert im Politiker. Der Politiker projiziert die ganze Schuld an seinen repressiven Maßnahmen auf destruktive und chaotische Gefahren, verkörpert in randalierenden Jugendlichen. Verzerre Wahrnehmung der Verhältnisse wird auf den andern projiziert (...).

Diese reflexhafte Polarisierung führt zu keiner Lösung. Sie versteckt vielmehr die Probleme, die hinter diesem Mechanismus stehen. Weder die Nöte des Jugendlichen noch die Probleme des Politikers kommen so zum Vorschein. Genau diese aber müssen im Gespräch erforscht werden - und dabei wird sich vermutlich herausstellen, daß manche Nöte gemeinsame Nöte sind."

o Gewaltlos und vertrauensbildend: "Gewalt ist nicht ultima ratio, sie ist in jedem Fall irrational und in den Auswirkungen zerstörerisch. Deshalb sind auch alle Versuche, dies mit Gewalt einzubläuen, zum Scheitern verurteilt."

Die Jugend muß erfahren, wie weit sie mit ihren Forderungen, Kräften und Handlungen gehen kann. Gewalt zerstört vor allem das, was für Dialog und Integration am notwendigsten ist: Vertrauen (...). Es braucht viel Vertrauensvorschuß, um den entstandenen Graben aufzufüllen. Dieser Vorschuß muß von der Seite kommen, die über mehr Sicherheit verfügt, weil sie Vertrauen erfahren hat.

Eine Politik des Vertrauensvorschlusses besteht - immer auf der allgemeinen Ebene dieses Kapitels formuliert - darin, den Mut aufzubringen zu einseitigen Vorleistungen sowie dazu, sich im Bewußtsein des Risikos von Mißerfolgen auf Experimente einzulassen (...)."

(-/14.10.1981/ks/ca)

+ + +

